Mediationsverfahren Zukunft Landwehrkanal

Arbeitskreis: Naturhaushalt und Landschaftsbild

4. Sitzung

09.Juli 2008

Protokoll

Datum: 09.07.2008
Beginn: 16.15 Uhr
Ende: 21.30 Uhr
Ort: Raum 1024 des Wasser- und Schifffahrtsamts Berlin (WSA), Mehringdamm 129, 10965 Berlin
Mediatoren: Beate Voskamp & Stefan Kessen
Protokoll: Franziska Meinhardt

Teilnehmer/innen an der 4. Sitzung des Arbeitskreises:

Einrichtung	Person	Funktion
Wasser- und Schifffahrtsverwaltung		
Wasser- und Schifffahrtsamt Berlin	Herr Biewald	
Wasser- und Schifffahrtsdirektion Ost	Frau Bugner	
Bezirksämter		
BA Charlottenburg-Wilmersdorf	Herr Trehkopf	Umweltamt
	Frau Weigelt-Pilhofer	Grünflächenamt
BA Neukölln	Herr Kittelmann	Grünflächenamt
BA Treptow-Köpenick	Frau Roterberg-Alemu	Stadtplanungsamt
BA Friedrichshain-Kreuzberg	Herr Schädel	Grünflächenamt
Senat von Berlin		
Senatsverwaltung für Stadtentwicklung		
Abt. I Stadt- und Freiraumplanung	Frau Mangold-Zatti	Landschaftsplanung, Naturschutz und Forstwesen - Referat I E 121
Berliner Wasserbetriebe		
	Herr Joswig	Netz- und Anlagenbau - Grundsatzplanung - NA-G/A
Anwohner / Bürger		
Bürgerinitiative und Verein	Frau Kleimeier	
"Bäume am Landwehrkanal"	Frau Guttzeit	Anwohnervertreterin / BI
	Herr Appel	Aktionsbündnis Bäume am Landwehrkanal
	Frau Dorbert	Aktionsbündnis Bäume am Landwehrkanal
	Herr Paulus	Aktionsbündnis Bäume am Landwehrkanal
Anwohnervertreter / innen	Frau Fortwengel	Anwohnervertreterin Fraenkelufer / BI
	Herr Dohna	Anwohnervertreter
Natur- / Umweltschutz		
BUND Berlin	Frau Wilharms	
Grüne LIga	Herr Schael	
BAW		
Herr Liebetruth		BAW-DH
Weitere Teilnehmer/innen		
Baumgutachter	Herr Barsig	
SenStadt	Herr Ehlert	
TU Berlin FG Standortkunde	Herr Trinks	
TU Berlin / KUBUS	Herr Endler	

Tagesordnung

1) Eröffnung, Begrüßung
2) Beschluss der Tagesordnung
3) Informationen, Themenbearbeitung, Lösungsoptionen, ggf. Beschlussvorlage
    3.1 Pflege am Kanal aus Sicht der fünf beteiligten Bezirksämter
    3.2 Berliner Biotopverbund unterbesonderer Bezugnahme auf den Landwehrkanal; Herr Ehlert
    3.3 Präsentation der Ergebnisse von Wurzelaufgrabungen; Herr Endler TU Berlin
4) Verschiedenes
5) Verabschiedung

1. Eröffnung, Begrüßung

Frau Voskamp begrüßte die Teilnehmer/innen und die Gäste der 4. Sitzung des Arbeitskreises Naturhaushalt und Landschaftsbild.

Die Gäste des Forums stellten sich kurz vor:
Herr Liebetruth, Bundesanstalt für Wasserbau
Herr Ehlert, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung
Herr Schädel, Bezirksamt Friedrichshain/Kreuzberg, Grünflächenamt
Herr Endler, KUBUS / TU Berlin

2. Beschluss über die Tagesordnung

Frau Voskamp verlas die Tagesordnung der 4. Sitzung des Arbeitskreises Naturhaushalt und Landschaftsbild, die allen rechtzeitig zugegangen ist.

3. Informationen, Themenbearbeitung, Lösungsoptionen, ggf. Beschlussvorlagen

3.1 Pflege am Kanal aus Sicht der fünf beteiligten Bezirksämter

Frau Mangold erläuterte einleitend Rahmenbedingungen der Finanzplanung von Land und Bezirken in Berlin:
Schon vor der Einführung der Kosten-Leistungsrechnung im Jahr 2000 bekamen die Bezirke nur rd. 80 Mio €, obwohl der Bedarf durch Modellberechnung bei 160 Mio € lag. Diese Mittel gingen in den so genannten Globalhaushalt eines jeweiligen Bezirks ein. Ein Bezirk könne dann selbst über den Einsatz der ihm zugewiesenen finanziellen Mittel entscheiden. Alle Bezirke nutzten diese zugewiesenen finanziellen Mittel in vollem Maße aus, bzw. müssten noch etwas dazugeben, um jeweils Pflege und Unterhaltung der Grünflächen gewährleisten zu können.
Eine Kontrolle des Mitteleinsatzes fände statt und habe ergeben, dass diese korrekt sachbezogen eingesetzt würden und zur Begleichung von Aufwendungen für Stadtreinigung, Personal, Bauteninstandhaltung u.a.m. aufgewendet würden.
Da diese Mittelbemessung sehr knapp sei, habe es seitens der Bezirke Anträge auf Erhöhung der zugewiesenen Mittel gegeben (20 Mio. €), die jedoch vom Senat wegen der prekären Haushaltssituation bisher abgelehnt werden mussten.

<u>Beitrag von Herrn Schädel für das Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg</u>
Herr Schädel gab einen Überblick über Entwicklung und Verwendung finanzieller Mittel für Pflege von Grünflächen im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg:
Der Bezirk Friedrichshain/Kreuzberg habe vor dem Jahr 2000 über 5,7 Mio. € für Lohnmittel zuzüglich 2,1 Mio. € für Sachmittel verfügt. Dies sei so weit gekürzt worden, dass aktuell im Jahre 2008 für Lohnmittel nur noch 2,6 Mio. € und für Sachmittel 1,6 Mio. € zur Verfügung stünden. Dieser drastische Rückgang der bereit gestellten finanziellen Mittel bedeute gleichfalls einen drastischen Rückgang der Ressourcen und der Möglichkeiten für Pflege und Unterhalt der Grünanlagen im Bezirk. Der Reduzierung der verfügbaren Mittel stünde keine Reduzierung der Aufgaben gegenüber, vielmehr gebe es gleich viel zu tun aber weniger Geld dafür. Herr Schädel hat eine Übersichtskarte mitgebracht, die eine Darstellung der im Jahr 2008 aktuell zu pflegenden „öffentlichen Grünflächen“ und des zu pflegenden „begrünten Straßenlandes“ im Bezirk beinhaltet. Diese Unterscheidung, die nur im Plan, jedoch nicht in der Örtlichkeit nachvollziehbar sei, entspreche einer seit Einführung der Kosten-Leistungsrechnung vorgenommenen Kategorisierung der Flächen in verschieden „Produkte“. Unterschiedliche „Produkte“ würden unterschiedlichen „Pflegeklassen“, die wiederum eine

unterschiedliche Pflegeintensität abbildeten, zugeordnet. Im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg seien 90% der zu pflegenden Flächen der Pflegeklasse II zugeordnet.

Plan „Pflegeflächen 2008 OT Kreuzberg“

Legende zum Plan

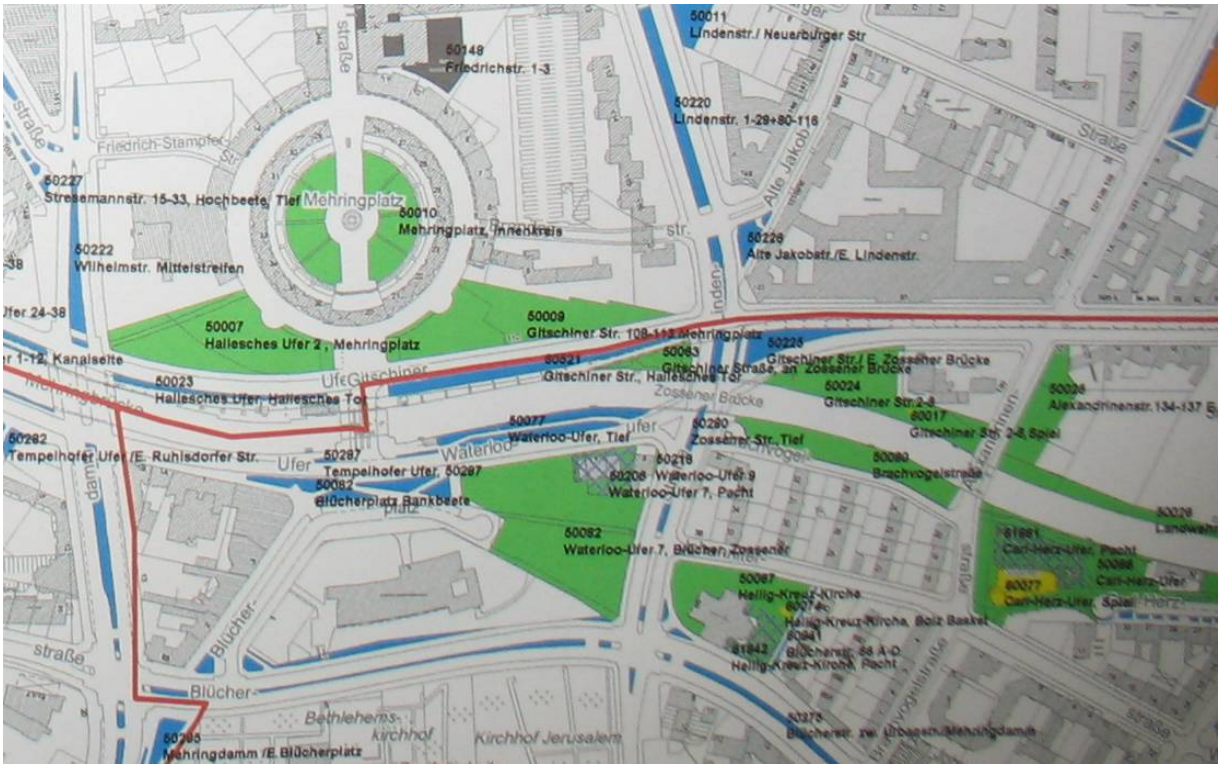
Für „Grünflächen“ gebe der Bezirk 30 Cent pro m² und Monat für die Pflege aus. Aber Kreuzberg erhalte vom Senat nicht die benötigten 30 Cent, sondern den errechneten Durchschnittswert aller Bezirke, nämlich 27 Cent pro m² und Monat. Nach allen Abzügen (Abschreibungen u.a.m.) müsse der Bezirk mit 24 Cent pro m² und Monat wirtschaften.
Für das „begrünte Straßenland“ betrage der errechnete Durchschnittswert der Bezirke 8 Cent pro m² und Monat. Dem stünden tatsächliche Ausgaben des Bezirkes in Höhe von 9 Cent pro m² und Monat gegenüber, bzw. nach allen Abzügen 7 Cent pro m² und Monat.
Als Lösungsansatz aus dieser Misere sei versucht worden, „begrüntes Straßenland“ umzuwidmen in „Grünflächen“, um so mehr Geld für die Pflege der Flächen zur Verfügung zu haben. Da aber der „Kuchen“ von 80 Mio. € für alle Bezirke nicht vergrößerbar sei, würde im Ergebnis nicht insgesamt mehr Geld zu Verfügung gestellt, sondern unter den Bezirken lediglich neu umverteilt. Daraus ergebe sich ein Verteilungskampf unter den Bezirken.

In den genannten Summen seien enthalten: Personal- und Sachkosten sowie Straßenreinigungskosten. Die Änderung des Straßenreinigungsgesetzes, nach dem Straßenreinigungskosten nicht nach zu reinigender Fläche, sondern nach der dem zu reinigenden Straßenland anliegenden Grundstücksgröße bemessen werde, habe durch die Grundstücksgrößen der öffentlichen Grünflächen gewissermaßen eine Kostenexplosion zur Folge gehabt. Große Anteile des Unterhaltungsbudgets müssten daher für Straßenreinigungskosten aufgewendet werden, was eine große Belastung darstelle.

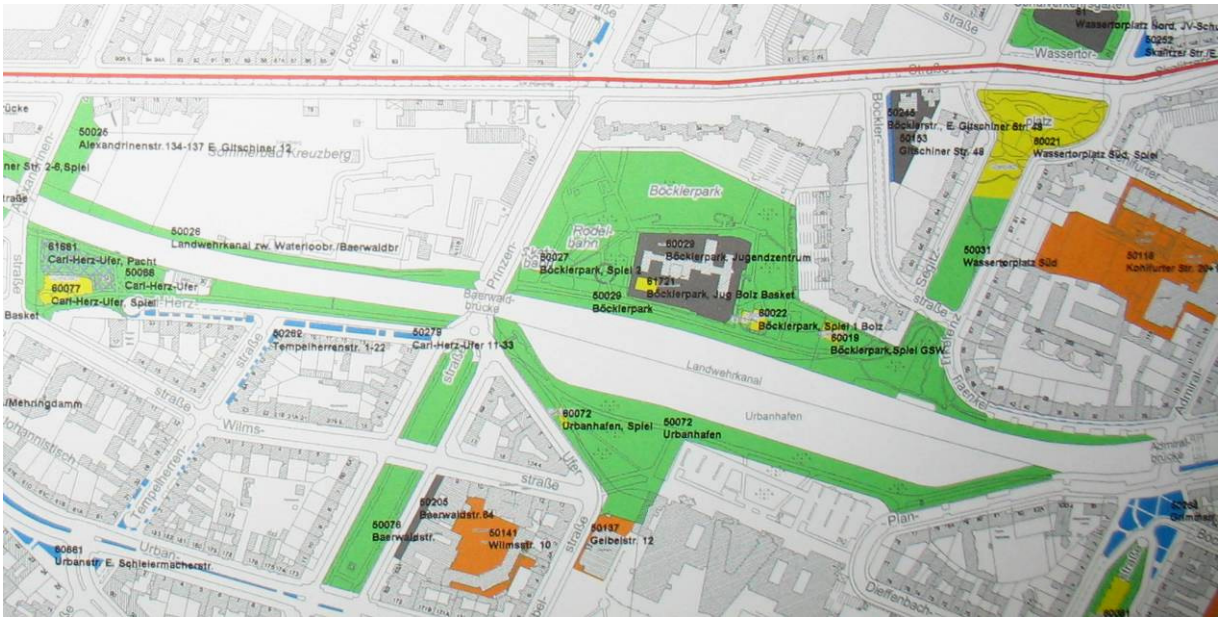
Es werde versucht eine Minimalpflege sicherzustellen. Diese definiere sich durch das „unbedingt Notwendige“ und das unter den gegebenen Rahmenbedingungen „noch Leistbare“. Dazu gehöre:

- 3-4 x pro Jahr Rasenschnitt;
- seit 2002 erfolge im Bezirk keine Bewässerung von Grünanlagen mehr mit Trinkwasser. Gewässert würden nur noch Grünanlagen mit eigenem Tiefbrunnen. Eine weitere Anlage mit Tiefbrunnen werde versucht zu erreichen. Viele kleinere Anlagen seien deshalb nicht bewässerbar.
- Am Landwehrkanal existierten keine Tiefbrunnen, die zur Bewässerung genutzt werden könnten.
- Die Pflege von Grünflächen am Landwehrkanal unterscheide sich nicht von der Pflege anderer Grünflächen im Bezirk.
- Es werde nur das Allernötigste zur Pflege unternommen, es gebe überwiegend keinen Pflegeturnus; insofern handele es sich um eine Verwaltung des Mangels.
- Freischnitt der Wege finde überwiegend jährlich statt, manchmal auch nicht mal jährlich, sondern abschnittweise wechselnd;
- Baumpflege: es gebe eine dokumentierte jährliche Begehung, keine regelmäßigen jährlich durchzuführenden Maßnahmen.
- Eine Bewässerung der Grünanlagen am Kanal finde nicht statt.
- In einigen Bereichen am Kanal finde Rasenschnitt statt.
- Insgesamt keine ausreichende Reinigung der Anlagen. Die Straßenreinigung BSR ist nicht für Grünanlagen zuständig. Die Reinigung der Anlagen werde jährlich erneut europaweit ausgeschrieben und erfolge durch Firmen; die Kosten beliefen sich auf 600.000 € pro Jahr; demgegenüber stünden Pflegemittel von lediglich 250.000 € pro Jahr.
- Keine Unterhaltung von Wegen und Wegbeleuchtung; es fänden kaum Reparaturen statt; für das Jahr 2008 sei nichts vorgesehen. Es finde beispielsweise kein Auswechseln einer kaputten Parkbank oder eines beschädigten Papierkorbes statt.
- Keine Reaktion auf Witterungslage möglich.

Planausschnitte: aus dem Plan „Pflegeflächen 2008 OT Kreuzberg:“, von West nach Ost



Planausschnitte: aus dem Plan „Pflegeflächen 2008 OT Kreuzberg:“, von West nach Ost



Die Mediatoren bedankten sich bei Herrn Schädel für die anschauliche Darstellung der komplexen Thematik.

Die Frage von Frau Guttzeit, wann zuletzt eine Anfrage nach mehr Geld für die Grünflächenpflege an den Senat erfolgt sei, konnte Herr Schädel nicht beantworten, da der Fachbereich lediglich den Bedarf darstelle und sich nicht direkt an den Senat wende. Jährlich erfolge die Darstellung des Bedarfs für das Nötigste, der für 2009 1,9 Mio. € betragen würde, an die zuständige Stadträtin, Frau Kalepky.
Das zahlenmäßige Verhältnis von Straßengrünflächen zu Grünflächen konnte Herr Schädel nicht beziffern, verwies aber zur Übersicht auf die mitgebrachten Karten.
Auf die Frage, wie mit Sträuchern im Rahmen der Pflege umgegangen werde, antwortete Herr Schädel, dass aus Kostengründen nur von Zeit zu Zeit ein radikaler Verjüngungsschnitt durchgeführt werden könne statt beispielsweise regelmäßig und behutsamer zu stutzen. Eine solches Vorgehen sei aus seiner Sicht besser, als wenn gar nichts passieren würde, allerdings sowohl optisch wie für die Vögel problematisch.

Mehrere Teilnehmer/innen äußerten ihre Bestürzung über die geschilderte Situation und die Bedingungen der Grünflächenämter, Pflege und Unterhalt sicher stellen zu müssen. Herr Appel wünschte sich daraufhin eine Art „Schulterschluss“ aller in der Stadt an Grün Interessierten, sich mit vereinten Kräften für eine Verbesserung der Situation einzusetzen. Für ihn sei dieses ein sehr emotionales Thema. Er sei der Auffassung, dass die fachlich qualifizierten MitarbeiterInnen, die in den Ämtern noch übrig seien, aus Gründen knapper Mittel oft Dinge tun müssten, die sie hinter vorgehaltener Hand als mit ihrem Berufsethos nicht vereinbar bezeichnen würden.
Herr Schädel beschrieb, dass Baumfällungen immer durch zwei Mitarbeiter abgesegnet werden müssten, um sich diesbezüglich abzusichern.

b) Beitrag von Herrn Kittelmann für das Bezirksamt Neukölln

Herr Kittelmann stellte die Pflege- und Unterhaltungsmaßnahmen im Bezirk Neukölln dar. Hier habe sich ein 2007 gefasster Beschluss der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) als entscheidender Einschnitt erwiesen: Nach dem Beschluss der BVV wurde die Grünflächenpflege umgestellt von dem bisherigen Einsatz bezirkseigener Mitarbeiter/innen auf eine Vergabe an Firmen; Pflegefahrzeuge seien verkauft worden, Pflegestellen aufgegeben worden, das Amt habe eine neue Struktur erhalten. Die bis dahin 400 Mitarbeiter/Innen im Pflege- und Unterhaltungsbereich seien bis auf aktuell 120 abgebaut worden. Zum noch vorhandenen Kernbereich gehörten:

- 12 Personen der Baumkolonne
- 4 Personen für Spielplatzunterhaltung
- 25 Personen als „schnelle Eingreiftruppe“ und für Aufgaben in Gartendenkmälern.

Am Landwehrkanal gebe es keine gewidmeten öffentlichen Grünflächen, sondern nur Straßenzüge. Als vor einigen Jahren der Straßenzug Maybachufer erneuert worden sei, seien in diesem Zuge dort u.a. Straßenbäume gepflanzt worden. Vorbereitend bzw. begleitend seien Veranstaltungen zur Bürgerbeteiligung durchgeführt worden.
Herr Kittelmann führte aus, dass an Straßenbäumen am Landwehrkanal keine Maßnahmen in diesem Jahr vorgesehen seien. Herr Kittelmann erläuterte, dass die Eigentumsgrenzen am Landwehrkanal teilweise recht merkwürdig verlaufen würden und im Gelände vor Ort auch nicht nachvollziehbar seien, beispielsweise teilweise schräg durch Böschungen in geschwungenen Linien verliefen. Deshalb sei es bei manchen Bäumen schwer zu sagen, ob es sich bspw. um eine Bezirks- oder eine WSA-Weide handeln würde.

Pflegemaßnahmen würden wie folgt durchgeführt:

- Reagierende, extensive Pflege;
- kein Pflegeturnus;

- dieses Jahr seien keine weiteren Erneuerungen oder Reparaturen vorgesehen.

Herr Kittelmann berichtete davon, dass am heutigen 9. Juli 2008 eine Befahrung des Landwehrkanals zwecks Abstimmung von Baummaßnahmen u.a. mit Herrn Augsten vom WSA und Herrn Mechelhoff vom Grünflächenamt Neukölln durchgeführt worden sei; danach müssten an sechs Weiden Zweige eingekürzt werden. Die Einbeziehung des Baumgutachters, Herrn Barsig, ist vorgesehen.

c) Beitrag von Frau Roterberg-Alemu für das Bezirksamt Treptow-Köpenick
Frau Roterberg-Alemu trug vor, dass der Fokus im Bezirk Treptow-Köpenick auf der Sicherung der vorhandenen Grünflächen liege. Am Landwehrkanal sei lediglich eine Grünanlage betroffen.

Pflegemaßnahmen würden wie folgt durchgeführt:
- 1 bis 2 x pro Jahr Baumbegutachtung;
- 1 x wöchentlich Müllsammlung;
- ansonsten gelte analog ähnliches wie von den vorangegangenen Bezirken bereits vorgestellt.

Frau Roterberg-Alemu wies darauf hin, dass das Geld „hinten und vorne“ nicht ausreichen würde. Aufwändig zu unterhalten seien zudem viele naturnah gestaltete Flächen im Bezirk, die beispielsweise gemäß ihrem jeweiligen Sukzessionsstand zu erhalten und zu pflegen seien und daher einen hohen Sachverstand erfordern würden. Da diese Flächen aber in eine niedrige Pflegeklasse eingeteilt worden seien, stünde für die angemessene Pflege kein Geld in adäquater Höhe zur Verfügung. Darüber hinaus würden allein für die Wuhlheide jährliche Straßenreinigungskosten von 2 Mio. € anfallen.

Auf die Frage von Herrn Paulus, welche Erfahrungen im Bezirk vorlägen mit der Überlassung von Flächen an Nutzergruppen – wie im Bereich Lohmühleninsel an Bewohner der dortigen Wagenburg - konnte Frau Roterberg-Alemu nur teilweise Auskunft geben, da sie als Angehörige des Stadtplanungsamtes dafür nicht zuständig sei. Sie bot an, sich diesbezüglich zu erkundigen und dann zu berichten. Sie gab zu bedenken, dass die beim Bezirk liegende Verkehrssicherungspflicht eine Grenze solcher Überlassungen darstelle, es andererseits ein gangbares Modell sein könnte, das von bürgerschaftlichem Engagement leben würde. Nach dem was sie gehört hätte, würde es sich in dem angesprochenen Fall um ein gutes Beispiel handeln.

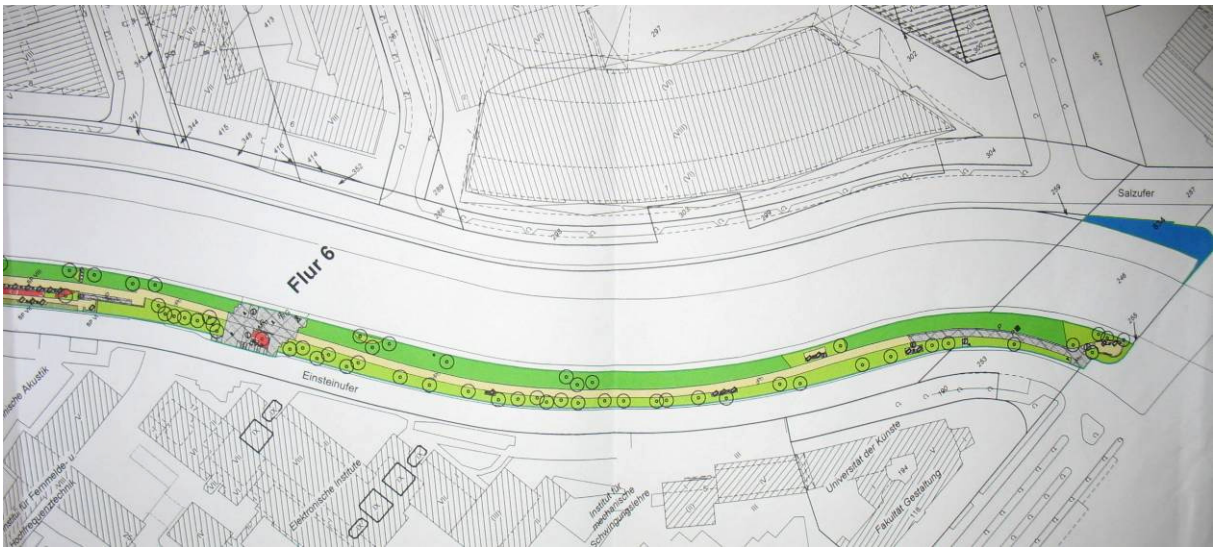
d) Beitrag von Frau Weigelt-Pilhofer für das Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf
Frau Weigelt-Pilhofer führte aus, dass durch die intensive Freizeitnutzung am Kanal eine dementsprechend intensive Grünflächenpflege erforderlich und keine naturnahe Pflege möglich sei. Die Pflege würde wie in den anderen Bezirken nicht nach Plan und Turnus erfolgen. Durchgeführt werde:
- Pflege nur nach Bedarf in allen Bereichen;
- keine Bewässerung
- Mahd 5 x pro Jahr bei „Gebrauchsrasen“, 10 x pro Jahr bei Status „Liegewiese“;
- 1 x pro Jahr Baumkontrolle;
- gelegentlich würden an Sträuchern Verjüngungsschnitte durchgeführt;
- Wegekontrolle; diese ist der intensivste Bereich der Pflege und Unterhaltung aufgrund der zu gewährleistenden Verkehrssicherheit;

Pflege und Unterhalt von Grünflächen im Bezirk sei ein Balanceakt zwischen „jetzigen-Zustand-erhalten“ und „sich-weitgehend-selbst-überlassen“.

Herr Appel verwies auf die aus seiner Sicht eklatanten Unterschiede am Salzufer, je nachdem ob es sich um WSA-Land oder um das Land des Bezirkes handeln würde und er regte an, ob der Bezirk sich nicht auch einer deutlich naturnäheren Grünflächenpflege anschließen könnte, da die Artenvielfalt in

diesem Abschnitt doch erstaunlich hoch sei. Frau Weigelt-Pilhofer erläuterte in Bezug auf das Einsteinufer, dass eine solche naturnah gestaltete Wiese auf Dauer keine Freizeitnutzung aushielte, da sich in ihr zu viele empfindliche Arten entwickeln sollten und würden. Insofern sei das immer eine Abwägungsfrage. Die angesprochene Fläche sei auch sehr wichtig für den Freizeitnutzen, da sich nicht sehr viele Grünflächen in der Nähe befinden würden.
Herr Barsig regte an, dass Bezirk und WSA nach einer gemeinsamen Besichtigung auch gemeinsame Pflegerichtlinien entwickeln sollten, damit nicht aus Unwissenheit von der einen Seite – wie bereits einmal geschehen – Sträucher gepflanzt würden, die dann von der anderen Seite wieder entfernt würden.

Planausschnitte: Grünflächen am Salzufer/Einsteinufer in Charlottenburg-Wilmersdorf (von W nach O)



e) Beitrag von Frau Mangold Bezirk für den Bezirk Mitte

Frau Mangold entschuldigte Herrn Leder für die heutige Sitzung und trug wie vereinbart die Situation für den Bezirk Mitte vor.
Pflegemaßnahmen würden wie folgt durchgeführt:

- Alle Maßnahmen, die in den anderen Bezirken durchgeführt werden, werden wie geschildert so auch im Bezirk Mitte durchgeführt;
- die Grünanlagen am Landwehrkanal befänden sich alle in Pflegeklasse II;
- für die Pflege der ca. 40.000 m^2 Grünflächen am Kanal stünden 87.000 € pro Jahr zur Verfügung;
- Baumschnitt: alle 4 Jahre;
- Verkehrssicherung, Strauchschnitt, Wegepflege fänden jeweils nach Bedarf statt;
- in stark genutzten Bereichen am Kanal werde 10 x im Jahr Rasen gemäht; ansonsten Mahd 2 x pro Jahr;

Die Pflege der Grünflächen werde im Bezirk Mitte nach wie vor durch eigene Mitarbeiter durchgeführt und kaum an Firmen vergeben.

Die Mediatoren dankten den Vertreter/innen der Bezirke für die Darstellung der Pflegemaßnahmen in den Bezirken und insbesondere am Kanal sowie für die mitgebrachten Planunterlagen.

3.2 Berliner Biotopverbund unter besonderer Bezugnahme auf den Landwehrkanal

Zu Beginn seines Vortrags über den Berliner Biotopverbund wies Herr Ehlert darauf hin, dass der Bezug zum Landwehrkanal schwierig sei, da der Artenschutz immer ganzheitlich betrachtet werden müsse. Er könne Hinweise geben und Leitlinien vorstellen, für deren Umsetzung sei er hingegen nicht zuständig.
Herr Ehlers sagte zu, die Power-Point-Datei zu seinem Vortrag über die Mediatoren den Teilnehmer/innen und zur Veröffentlichung auf der Homepage des Verfahrens im Internet zur Verfügung zu stellen.

Im Anschluss an seinen Vortrag stellten die Teilnehmer/innen einige Verständnisfragen an Herrn Ehlert, die er wie folgt beantwortete:

In Bezug zur geplanten Sanierung des Landwehrkanals bedeute der vorgestellte Rahmen des Berliner Biotopverbunds, dass ein Großteil der vorhandenen Biotopverbindungen erhalten bleiben und darüber hinaus auch weiterentwickelt werden müsse.
Auf einzelne Arten bezogen konnte Herr Ehlert nicht alle Detail-Fragen beantworten. Da beispielsweise Fledermäuse als so genannte Ubiquisten überall vorkommen können, seien sie als Zielart aus diesem Grund nicht berücksichtigt worden.
Die Lebensbedingungen seltener Fischarten sollten bei der Sanierung des Landwehrkanal berücksichtigt werden.
Im Hinblick auf konkrete Aussagen über den Landwehrkanal bat Herr Ehlert die Forumsteilnehmer/innen um etwas Geduld. Wenngleich belastbare Aussagen auch jetzt teilweise schon ablesbar seien, würden weitere Ergebnisse in etwa einem halben Jahr vorliegen. Ggf. seien auch weitere konkrete Untersuchungen notwendig. Wichtig sei, dass es mit der Durchführung anstehender Maßnahmen nicht zu einer Verschlechterung der gegenwärtigen Situation komme. Maßnahmen des vorgestellten Berliner Biotopverbundes seien behördenverbindlich und integraler Bestandteil von Abwägungsvorgängen, würden jedoch gegenüber Dritten keinerlei Verbindlichkeit entfalten. Das Planwerk könne allerdings auch als Grundlage für Kompensationsmaßnahmen genutzt werden.
Insgesamt wünschte Herr Ehlert sich eine kooperative Lösungsfindung und eine Umsetzung des Biotopverbundes.

3.3 Präsentation der Ergebnisse von Wurzelaufgrabungen

Herr Endler bedankte sich für die kurzfristig eingeräumte Möglichkeit der Präsentation seiner Untersuchungsergebnisse und stellte sich und seine Partner kurz vor. Herr Barsig stellte die Ergebnisse von Wurzeluntersuchungen am Landwehrkanal vor. Beide sagten zu, die zum Vortrag gehörende Power-Point-Präsentation über die Mediatoren den Teilnehmer/innen zur Verfügung zu stellen und stimmten einer Veröffentlichung auf der Homepage des Verfahrens zu.

Untersucht worden seien mittels Aufgrabungen die Wurzeln von 4 gefällten Bäumen (Ahorn, Pappel, Weide, Erle) am Einsteinufer, am Südufer des Landwehrkanals, Ufermauer in Regelbauweise. Für alle Standorte und alle 4 Bäume gelte: ab einer Bodentiefe von 70 cm sei keine Durchwurzelung des Bodens mehr feststellbar gewesen; vermutet wurde als Ursache hierfür u.a. ein hoher Anteil an Schutt und Steinen im Boden. Ab einer Tiefe von 90 cm sei in den untersuchten Bereichen der Boden wassergesättigt.

Im Anschluss an den Vortrag ergaben sich folgende Aspekte aus der Diskussion:
Eine Übertragbarkeit der gewonnenen Erkenntnisse durch diese Wurzelaufgrabungen an diesen vier Bäumen auf weitere Bäume anderer Art und an anderen Standorten könne nicht gewährleistet werden. Es sei beispielsweise nicht ableitbar, dass eine bestimmte Baumart ein bestimmtes Wurzelsystem ausbilde. Ergänzende Untersuchungen wären notwendig.
Bei den Aufgrabungen seien keine Hohlräume gefunden worden.
Die Lagerungsdichte wurde im Zuge der Untersuchungen immer nur grob angesprochen, eine belegsichere Sondierung liege nicht vor.
Die vorgestellten Wurzelaufgrabungen könnten bei Bedarf auch an einem lebenden Baum durchgeführt werden können.
Das mögliche Zurückschneiden starker Wurzeln und die daraus resultierenden großen Schnittflächen würden nach Aussage von Herrn Dr. Barsig Angriffsflächen für holzzersetzende Pilze bieten; dies halte er für problematisch bei der Mauersanierung. Möglich sei ggf. auch die Anregung mauerabgewandten Wurzelwachstums durch Bodenaustausch, bevor die mauernahen Wurzeln gekappt werden.

Herr Barsig führte aus, dass aufgrund der gewonnenen Erkenntnisse die angesprochenen vier Bäume nicht hätten gefällt werden müssen. Außerdem würde - anders als bisher angenommen und zumindest bei diesen vier Bäumen und in diesen untersuchten Bereichen - Wurzelsystem und Ufermauer keine mechanische Einheit bilden und nicht miteinander „verbacken“ sein.
Herr Biewald wies darauf hin, dass Bäume in denjenigen Bereichen gefällt worden seien, in denen durch Taucheruntersuchungen Schäden an den Ufermauern festgestellt worden seien und daher Gefahren für die Standsicherheit der Ufermauer angenommen werden mussten. Durch die Last der Bäume wurde eine zusätzliche Gefahr für die Standsicherheit der Ufermauern angenommen. Die Baumfällung sollte Entlastung bringen für diese angenommene akute Gefahrensituation. Das WSA habe aufgrund seines gesetzlichen Auftrags und der der geltenden Vorschriften keine Handlungsspielräume gesehen.

Herr Paulus betonte, dass dass seiner Auffassung nach die großen Fahrgastschiffe Verursacher der Schäden an den Ufermauern seien und nicht die Bäume, und dass eine kontinuierliche Kontrolle durch die zuständigen Behörden ausgeblieben sei. Herr Kessen erinnerte daran, dass darüber bereits Konsens bei den Teilnehmer/innen herrschen würde, da bereits in den vorherigen Sitzungen geklärt worden sei, dass das Mauerwerk nicht von den Bäumen beschädigt worden sei und dass Unterhaltungspflichtversäumnisse seitens des WSA eingeräumt worden seien. Er stellte heraus, dass eine entscheidende Frage doch nun sei, ob der Baum auch ohne Mauer stehen bleiben würde, denn die Wurzelverläufe seien doch in den vorgestellten Fällen anders als man es sich bislang vorgestellt habe. Diese Frage wurde diskutiert, musste jedoch aufgrund der komplexen Abhängigkeiten offen bleiben.

So stellte sich die weitere Frage, wie zukünftig solche Erkenntnisse aus der Wurzelaufgrabung im Vorfeld einer Baumfällungsentscheidung zur Verfügung stehen könnten, damit auf der einen Seite das WSA seinen Haftungsverpflichtungen nachkommen könne und auf der anderen Seite keine Bäume vorschnell gefällt würden. Herr Kessen merkte an, dass damit zu rechnen sei, dass diese Entscheidung schnell wieder anstehen könnte, wenn sich der Zustand der Mauer weiter verschlechtern würde.

Daraufhin diskutierten die Teilnehmer/innen die Frage, inwieweit die gewonnen Ergebnisse übertragbar seien auf andere Bäume und Standorte. Herr Endler vertrat die Ansicht, dass die durchgeführten Untersuchungen dafür nicht ausreichten, sondern es mehr Untersuchungen unter unterschiedlichen Bedingungen geben müsste. Vorstellbar sei eine Stichprobenzahl von etwa 12 Bäumen, bei der unterschiedliche Arten und Standorte (z.B. unterschiedliche Mauerhöhen) ausgewählt und untersucht werden müssten. Außerdem plädierte er dafür, eine Kombination von verschiedenen Untersuchungsmethoden am gleichen Objekt durchzuführen. Davon versprach er sich interessante Aufschlüsse.
Herr Biewald erklärte, dass es beispielsweise vorstellbar sei, mit den vorgestellten Methoden der Firma Wiebe und von Herrn Prof. Dr. Weihs eine Sondierung durchzuführen und die anschließend erforderliche Validierung von KUBUS vornehmen zu lassen. Für eine solche Beauftragung benötige das WSA einen entsprechenden Forumsbeschluss.
Herr Paulus kündigte an, sein Veto gegen die in der 8. Forumssitzung eingebrachte Beschlussvorlage zur Beauftragung geophysikalischer Untersuchungen zurückzuziehen, wenn KUBUS ergänzend mit der Validierung beauftragt würde. Anschließend verließ Herr Paulus die Sitzung.
Herr Scharz hinterfragte, ob die von KUBUS vorgestellten Wurzelaufgrabungen nur zum Validieren geophysikalischer Untersuchungen geeignet wären oder ob sie darüber hinaus zu eigenständigen belastbaren, d.h. auch übertragbaren Ergebnissen führen könnten als Hilfsinstrument für künftige Entscheidungen. Ansonsten sehe er nicht die Notwendigkeit einer weiteren Beauftragung, da eine derartige Validierung auch von den beiden anderen Firmen zwangsläufig geleistet werden müsste. Zudem stelle sich weiterhin die Frage der Kampfmittelproblematik.

Weitere Teilnehmer/innen meldeten daraufhin ein über die reine Validierung geophysikalischer Untersuchungsergebnisse hinaus gehendes Erkenntnisinteresse an und wollten einer Erweiterung der Beschlussvorlage um den Passus einer Beauftragung von KUBUS nur zustimmen, wenn die Erreichung dieses Ziels gewährleistet werden könne. Ein qualitativer Mehrwert konnten einige Teilnehmer/innen in einer Beauftragung von KUBUS bis dahin nicht erkennen.

Frau Mangold nannte als Ziel einer entsprechenden Beauftragung, dass das WSA zukünftig in die Lage versetzt würde, auf einer anderen, gesicherten Grundlage als bisher handeln zu können, und sie fragte nach, wie viele Bäume ausgegraben werden müssen, damit dies ermöglicht werden könnte. Denn derzeit sei eine andere Handlungsweise des WSA in einem solchen Fall nicht möglich.
Herr Kessen erinnerte daran, dass eine Auftragsvergabe an Firma Wiebe und Prof. Weihs von dem Forum vor dem Hintergrund befürwortet wurde, dass der Wissenschaft damit eine Chance gegeben werden sollte ohne bereits sicher sein zu können, auf jeden Fall gesicherte Erkenntnisse zu erhalten. Die anwesenden Experten äußerten, dass ohne weitere Untersuchungen die Frage von Frau Mangold nicht zu beantworten sei.

Frau Bugner fasste zusammen, dass mit den vorliegenden Erkenntnissen und ggf. weiteren
- interdisziplinär gewonnenen - Untersuchungsergebnissen allerdings nicht überall vorhersehbar sei, wie sich die Bäume verhalten würden, die in unmittelbarer Nähe zu einer einstürzenden Ufermauer stehen würden. Ihrer Auffassung nach könne nicht abgewartet werden, ob der Baum dann falle oder nicht. Herr Appel zeigte sich davon überzeugt, dass der betreffende Baum gar nicht fallen, sondern sich nur neigen würde. Herr Biewald unterstützte die Auffassung, dass das Wurzelgeflecht eines betroffenen Baumes im jeweiligen Einzelfall auf die Standfestigkeit überprüft werden müsse und dass eine verbindliche Änderung der Rechtsvorschriften auch ein Ziel der anzustellenden Untersuchungen sein könne.

Die Mediatoren erinnerten daran, dass es noch kein Votum für eine Beschlussfassung bzw. deren Erweiterung gebe und dass dieses gebraucht würde, um weitere Untersuchungen durchführen und zu weiteren Erkenntnissen gelangen zu können.

Angesichts der weiterhin kontrovers geführten Diskussion und der vorgerückten Zeit fand keine Einigung auf eine Beschlussvorlage für das Forum statt. Die Fortsetzung der Diskussion wurde auf die nächste Sitzung vertagt.

5.Verabschiedung
Die Mediatoren bedankten sich bei den Teilnehmern/innen und bei den Gästen des Arbeitskreises und schlossen die Sitzung um 21:30 Uhr.